

VA 20.01.21

## Theaterfinanzierung: CDU sieht ihre Befürchtungen bestätigt

**Plauen** – Die Stadt Zwickau will bei der Finanzierung des gemeinsamen Theaters Plauen-Zwickau im Rahmen ihrer Haushaltsbeschlüsse ab 2022 sparen. Damit tritt bedauerlicher Weise ein, wovon die CDU-Fraktion im Plauener Stadtrat Ende 2018 eindringlich gewarnt hatte. Die Erhöhung der Finanzierungsanteile am gemeinsamen Mehrspartenhaus durch die Stadt Zwickau von 60% auf 67,5% war mit dem deutlichen Verlust an Plauener Einfluss im Aufsichtsrat verbunden.

Der Abschluss des sogenannten Kulturpaktes beider sächsischen Städte mit dem Freistaat sollte eine Rückkehr zum Flächentarifvertrag für die Mitarbeiter des Theaters ermöglichen.

Im Jahr 2022 würde die Finanzierung gänzlich bei den Kommunen verortet sein. Ein Kraftakt, der von beiden Kommunen nur schwer zu stemmen ist. Die angekündigten Sparpläne seitens Zwickaus könn-

ten deshalb das Vogtlandtheater existenziell bedrohen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Jörg Schmidt erinnert daran, dass OB Ralf Oberdorfer diese Deals seinerzeit trotz eindringlicher Warnungen aus dem Stadtrat mit der damaligen Zwickauer Oberbürgermeisterin Pia Findeis ausgehandelt hatte und als großen Erfolg für Plauen und das Theater dargestellt hatte.

Ein besonderes Geschmäcke, so der kulturpolitische Sprecher der Plauener CDU-Fraktion, Prof. Dr. Lutz Kowalzik, habe es, dass der damals von Zwickauer Seite so eindringlich geforderte vermehrte Einfluss auf die Berufung des neuen Generalintendanten für die fünf Jahre ab Mitte 2022 im November 2020 in Anspruch genommen wurde, um dann nicht mal zwei Monate später die für diesen Einfluss eingegangenen Verpflichtungen perspektivisch nicht mehr einhalten zu wollen. „Wir fühlen uns dupiert.“,

so Kowalzik. Jörg Schmidt kritisiert, dass OB Oberdorfer nach ursprünglicher Ablehnung der Vertragsentwürfe durch den Plauener Stadtrat im Dezember 2018 nur marginale Verbesserungen für die Plauener Stimmrechte aushandeln konnte und die Fraktion der Linken daraufhin und auf die verständlichen, doch kurzfristigen Wünsche der Theaterbeschäftigten, hin „eingeknickt“ ist. „Auch hier wird der OB ein schweres Erbe hinterlassen,“ so Schmidt. Die Stadt Zwickau und die dortigen Fraktionen müssten ihrer im Zusammenhang mit dem Eingehen der beiden Städte auf den sogenannten Kulturpakt übernommenen Verantwortung gerecht werden und zu ihrem Wort stehen.

Es sei nun wichtig, dass der OB zeitnah mit der neuen Oberbürgermeisterin von Zwickau ins Gespräch kommt und ein klares Bekenntnis zum produzierenden Mehrspartentheater einfordert,